

Verbands-Zeitung

Organ für die Interessen der Arbeiter in Brauereien, Brennereien, Mühlen und verwandten Betrieben
Publikationsorgan des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis vierteljährlich 2,10 Mk., unter Kreuzband 2,70 Mk.
Eingetragen in die Postzeitungsliste.

Verleger und verantw. Redakteur: Fr. Krieg, Vohagen-Berlin
Redaktion und Expedition: Berlin S. 27, Schilderstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW. 68

Insertionspreis:
die sechsgespaltene Kolonelle 40 Pfg., für Mitglieder 30 Pfg.
Schluß für Inserate: Montag Mittag 12 Uhr.

Die Mülerei-Berufsgenossenschaft 1909.

In den Katastern der Berufsgenossenschaft waren am 31. Dezember verflorenen Jahres 27 093 Betriebe eingetragen gegen 27 645 Betriebe am 31. Dezember 1908, im Laufe des Jahres ist danach ein Rückgang um 552 Betriebe eingetreten. Von diesen sind 102 Betriebe an landwirtschaftliche und 41 an andere industrielle Berufsgenossenschaften überwiesen worden. Der Wechsel in der Zahl der Betriebe ist ziemlich groß, im Jahre 1909 sind nicht weniger als 2995 Katasterberichtigungen vorgenommen worden. 448 Betriebe wurden neu gemeldet, 535 Betriebe wurden gelöscht, weil nicht mehr versicherungspflichtig, 346 Betriebe wurden gänzlich eingestellt und 1499 Betriebe wechselten ihren Besitzer.

An dem Rückgang sind 196 Windmühlen und 426 Wassermühlen beteiligt, dagegen haben die Dampfmühlen wieder eine Zunahme von 71 und die Wasser- und Dampfmühlen eine solche von 25 Betrieben erfahren. Die Dampfmühlen weisen einen Rückgang von 18 auf, die Graupen-, Schäl- und Meismühlen haben sich um 10 vermindert. Aus diesen Zahlen geht deutlich hervor, daß auch in der Mülereiindustrie die Entwicklung zum Großbetrieb dauernde Fortschritte macht und die Wind- und Wassermühlen immer mehr verschwinden.

Von den versicherten Mühlenbetrieben waren am 1. Januar d. J. Getreidemühlen 26 524, Delmühlen 451, Graupen- und Schälmühlen 18, Sägeschneidereien 92, Meismühlen 8.

Nachfolgende Uebersicht zeigt, auf welche Bezirke sich die Mühlen verteilen, durch welche Kraft die Getreidemühlen bewegt werden und wieviel Vollarbeiter in den einzelnen Sektionsbezirken beschäftigt sind.

Bezirk der Sektion	Getreidemühlen mit					Delmühlen	Sägeschneidereien	Meismühlen	Gesamtzahl der Betriebe	Zahl der Vollarbeiter
	Windkraft	Wasserkraft	Dampfkraft	Wasser- und Dampfkraft	Wasserkraft					
I. Thomsdorf i. Dittpr.	519	227	45	88	1	1	—	—	878	2149
II. Dirschau in Westpr.	401	333	44	38	1	1	—	—	819	1929
III. Posen	843	209	64	40	62	—	—	—	1219	1708
IV. Berlin	1055	460	93	117	35	—	13	—	1703	3672
V. Breslau	508	1171	69	175	16	1	4	—	1944	5077
VI. Stettin	954	403	42	47	4	1	—	—	1451	2560
VII. Altona	1026*	272	134	71	18	1	21	—	1543	5166
VIII. Hannover	1368	1151	224	299	26	1	14	—	3083	8809
IX. Halberstadt	967	570	58	122	12	3	12	—	1744	3482
X. Köln	404	1522	271	237	76	2	9	—	2521	6593
XI. Frankfurt a. M.	—	1412	27	166	28	—	—	—	1631	2715
XII. Mannheim	—	932	19	141	37	3	—	—	1132	3239
XIII. Straßburg	—	285	4	19	22	—	—	—	330	1032
XIV. Stuttgart	1	1347	8	78	95	1	3	—	1473	2674
XV. Nürnberg	—	3363	15	181	11	1	5	—	3526	5569
XVI. Weimar	44	843	10	81	24	2	—	—	1004	1567
XVII. Dresden	83	728	11	150	53	—	9	—	1034	4708
Summa	8173	15228	1128	1995	451	26	92	—	27093	62646

* Darunter 3 mit Tierkraft.

Die Zahl der versicherten Personen betrug am Schlusse des Jahres 1909: 62 959, gegen das Vorjahr ist eine Abnahme um 774 eingetreten.

Die gezahlten Löhne betragen 63 442 876 Mk. gegen 60 225 546 Mk. in 1908.

Der durchschnittliche Jahreslohn wird von der Berufsgenossenschaft mit 1007,69 Mk. pro Vollarbeiter berechnet gegen 974,72 Mk. im Jahre 1908. Der Durchschnittslohn ist für die letzten 13 Jahre angegeben und soll betragen haben im Jahre:

1897: 703,12 Mk.	1901: 773,29 Mk.	1905: 861,16 Mk.
1898: 712,61 "	1902: 813,77 "	1906: 894,72 "
1899: 736,12 "	1903: 820,61 "	1907: 947,69 "
1900: 749,93 "	1904: 837,94 "	1908: 974,72 "
		1909: 1007,69 "

In den einzelnen Bezirken sind die Durchschnittslöhne außerordentlich verschieden, sie sind am niedrigsten in Posen und am höchsten in Baden. Wie sich die Löhne in den Bezirken in den beiden letzten Jahren gestalteten, zeigt folgende Tabelle:

Bezirk der Sektion	1909		Dagegen 1908	
	Durchschnittslohn pro Vollarbeiter	Tageslohn pro Vollarbeiter	Durchschnittslohn pro Vollarbeiter	Tageslohn pro Vollarbeiter
I. Thomsdorf i. Dittpr.	815,22	2,72	778,65	2,60
II. Dirschau i. Westpr.	835,30	2,78	816,89	2,72
III. Posen	850,67	2,84	838,55	2,80
IV. Berlin	976,89	3,26	960,99	3,20
V. Breslau	844,50	2,82	828,24	2,76
VI. Stettin	855,97	2,85	843,21	2,81
VII. Altona	1146,22	3,82	1121,95	3,74
VIII. Hannover	1131,57	3,77	1083,82	3,63
IX. Halberstadt	994,60	3,32	976,93	3,26
X. Köln	1136,50	3,79	1117,43	3,72
XI. Frankfurt a. M.	1064,32	3,55	918,54	3,06
XII. Mannheim	1180,30	3,87	1134,93	3,78
XIII. Straßburg	1118,05	3,72	1080,96	3,62
XIV. Stuttgart	928,42	3,09	872,47	2,91
XV. Nürnberg	867,15	2,89	824,56	2,75
XVI. Weimar	893,40	2,98	886,22	2,95
XVII. Dresden	1039,13	3,46	1020,86	3,40
	1007,69	3,36	974,72	3,25

Es erübrigt sich, zu dieser Aufstellung ein Kommentar zu machen, unsere Kollegen können sich aus diesen Löhnen selbst einen Verschiedenheit machen, wie mit diesen bei den jetzigen teuren Zeiten ein Auskommen sein kann. Trotzdem kommt in diesen Zahlen ein nicht geringer Teil der Erfolge der Organisation der Mühlenarbeiter zum Ausdruck. Man vergleiche nur die Löhne in den Sektionen, in deren Bereich unser Verband stark, aktionsfähige Zahlstellen hat, mit denen der Sektionen, in deren Bereich unsere Kollegen noch keine Lust oder angeblich keine Zeit oder Ursache hatten, sich zu organisieren, da wird man mit der Nase darauf gestoßen, welchen Vorteil die Organisation für ihre Mitglieder geschaffen hat.

Die Unfallstatistik bildet bei der Mülerei-Berufsgenossenschaft das gleiche traurige Kapitel wie bei allen anderen Berufsgenossenschaften. Die Zahl der angemeldeten Betriebsunfälle betrug im Berichtsjahre 3281 gegen 3202 im Jahre 1908. Von den Unfällen wurden 887 (Vorjahr: 1012) entschädigungspflichtig. Tödliche Unfälle ereigneten sich 66 (77); außerdem völlige Erwerbsunfähigkeit entfallen 2, auf dauernd teilweise Erwerbsunfähigkeit 254 Fälle, vorübergehend erwerbsunfähig waren 570. Auf 1000 versicherte Personen kommen 52,11 Verletzte überhaupt und 14,17 Verletzte, für die Entschädigungen gezahlt werden mußten. Die Gegenstände und Vorgänge, bei welchen sich die Unfälle ereigneten, sind nur für die entschädigten Unfälle nachgewiesen. Die meisten schweren Unfälle kamen vor an Transmissions- und Arbeitsmaschinen (333), danach kommen die Unfälle durch Fall von Leitern, Treppen, in Luken und Bestückungen (138), im Fuhrwerksverkehr kamen 122 schwere Unfälle vor, durch Zusammenbruch, Einsturz, Herab- und Anfallen von Gegenständen ereigneten sich 110 Unfälle, beim Auf- und Abladen, Geben und Ertragen sind 69 schwere Unfälle vorgekommen.

Die meisten schweren Unfälle (605) und auch die meisten Todesfälle (54) sind in Getreidemühlen mit Walzwerken, Elevatoren und Schnecken vorgekommen, die von der Berufsgenossenschaft in der Gefahreklasse L geführt werden. In Delmühlen mit hydraulischen Pressen, die derselben Gefahreklasse angehören, sind 95 schwere Unfälle und 3 Todesfälle vorgekommen. Auf Sägewerke mit Kreis- und Bandsägenbetrieb entfallen 122 schwere Unfälle, darunter fünf Todesfälle.

Der Bericht enthält ganz interessante Mitteilungen darüber, wie sich die Unfälle auf die Größe der Betriebe verteilen.

Danach sind die meisten schweren Unfälle in den kleinen Betrieben vorgekommen, die 1 bis 2 Arbeiter beschäftigen. Nachstehende kleine Tabelle zeigt die Größenverhältnisse der versicherten Betriebe, die Zahl der vorgekommenen schweren Unfälle und Todesfälle.

Betriebe mit	Zahl der		
	Betriebe	versichert. Personen	Unfälle
weniger als 300 Arbeitstagen (Alleinbetriebe)	14 238	5 773	54
1 bis 2 Vollarbeitern	7 337	10 006	27
3 " "	3 738	11 250	139
6 " "	890	6 186	96
11 " 20 "	489	6 332	77
21 " 50 "	285	8 725	82
über 50 "	126	14 187	167

Auf 1000 Versicherte kommen danach in den Betrieben mit 1 bis 2 Vollarbeitern 27,68 Unfälle, in den Betrieben mit mehr als 50 Arbeitstagen dagegen nur 11,77 Unfälle. Das ist ein schlüssiger Beweis dafür, daß die Schutzvorrichtungen besonders in den kleinen Betrieben alles zu wünschen übrig lassen.

Von den schweren Unfällen waren 48 Verletzungen an Kopf und Augen, 336 an Armen, Händen und Fingern, 234 an Beinen und Füßen, 218 an anderen oder mehreren Körperteilen zugleich. Drei Personen sind ertrunken, 2 sind erstikt.

Ueber die Zeit der Unfälle sind zwei Tabellen aufgemacht, die aber schon aus dem Grunde als einseitige Darstellung betrachtet werden müssen, weil sie nur die entschädigten Unfälle enthalten. In einer Tabelle sind nach den Wochentagen alle entschädigten Unfälle seit Bestehen der Genossenschaft aufgeführt, die andere Tabelle enthält die im Jahre 1909 vorgekommenen Unfälle nach den Wochentagen und der Tageszeit. Von den 892 entschädigten Unfällen im Vorjahr sind passiert 24 am Sonntag, 153 am Montag, 150 am Dienstag, 137 am Mittwoch, 157 am Donnerstag, 131 am Freitag, 140 am Sonnabend. Vormittags sind 407 und nachmittags sind 455 Unfälle vorgekommen. Die meisten Unfälle ereigneten sich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags (247) und 3 bis 6 Uhr nachmittags (190). Wir unterlassen es, aus diesen Aufstellungen bestimmte Schlüsse zu ziehen; es ist immer ein bißchen jongliert, wenn man derartige Zahlen aufmarschieren läßt. Um jetzt zu sehen, inwieweit die Länge der Arbeitszeit Einfluß auf die Unfälle ausübt, wären ja die Zahlen ganz brauchbar, dann ist aber auch die Angabe der Dauer der Arbeitszeit und bei kontinuierlichen Betrieben die Angabe des Schichtwechsels notwendig. Aus solchen Gründen hat die Berufsgenossenschaft diese Feststellungen zwar sicher nicht gemacht. Es wird ihr mehr darum zu tun sein, nachzuweisen, daß die Arbeiter schuld an den Unfällen sind. Gesehener wäre zwar, man sucht die Schuldigen irgendwo anders, wir werden später nachweisen, wo die Hauptquelle der Unfälle liegt.

An Entschädigungen hat die Berufsgenossenschaft 1 623 022,28 Mk. verausgabt; die Verwaltungskosten beliefen sich auf 171 123,15 Mk., für Ueberwachung der Betriebe wurden 23 173,67 Mk. aufgewendet. Die Bilanz schließt mit 11 870 262,95 Mk. ab; der Vermögensstand (Reservefonds) betrug am Schlusse des Berichtsjahres 6 749 763,49 Mk. Ueber die Ordnung-

trafen, die verhängt wurden, schreibt der Bericht, daß die Zunahme der Strafen wegen nicht rechtzeitiger oder unterlassener Einreichung der Arbeiter- und Lohnnachweisungen ungewöhnlich hoch gewesen sei, während die Strafen wegen unrichtiger Angaben in den Lohnnachweisungen eine erfreuliche Abnahme zeigen. Zu Jahresende sind 1701 Strafen von 5 bis 300 Mk. im Betrage von 9850 Mk. verhängt worden. Die Zahl der mit ihren Genossenschaftsbeiträgen im Rückstand gebliebenen Unternehmer, gegen die das Zwangsbeitreibungsverfahren eingeleitet wurde, ist von 2403 in 1908 auf 2460 in 1909 gestiegen.

Klageansprüche gegen Betriebsunternehmer gemäß § 30 des Gewerbeunfallversicherungs-gesetzes hat die Berufsgenossenschaft in 19 Fällen mit Erfolg durchgeführt. Die Uebernahme des Heilverfahrens erfolgte in 37 Fällen mit einem Kostenaufwand von 2303,49 Mk. Der Bericht weist nicht nach, inwieweit das Heilverfahren erfolgreich durchgeführt wurde. Zu wünschen wäre, daß die Sektionen dem Heilverfahren mehr als bisher ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

Im Berichtsjahre der Berufsgenossenschaft sind 745 Berufungen und 268 Rekurse zu verzeichnen. Von den Berufungen wurden 208 zugunsten der Verletzten und 537 zugunsten der Genossenschaft erledigt, bei den Rekursen erhielten die Verletzten in 76 Fällen recht, während 192 Fälle zugunsten der Berufsgenossenschaft erledigt wurden.

Zweck und Bedeutung der Statistik.

Vom Wesen der Statistik hat wohl jeder eine allgemeine Vorstellung, jeder weiß, daß sie die Wissenschaft der Zahlen ist. Damit ist aber eine richtige und präzise Auslegung des Wortes nicht gegeben, um den Zweck und die Bedeutung der Statistik voll zu erkennen und zu würdigen. Statistik bedeutet in dem Sinne, in dem das Wort gegenwärtig allgemein gebraucht wird, die zahlenmäßige Erhebung und Untersuchung von Massenereignissen oder mit anderen Worten jede Auskunft über Zustände und Vorgänge, die darauf beruht, daß beobachtete Einzelfälle unter Abschöpfung von den in Wirklichkeit vorhandenen Verschiedenheiten als gleichartig gezählt und zu Gruppen vereinigt werden. Das Element der Statistik ist nicht das Wort, sondern die Zahl, sie wendet die mathematische Formel an, um Zustände in der Einheit zu schätzen; sie kalkuliert nicht, sondern sie ergründet und beweist. Durch diese Eigenschaften ist sie die Grundbedingung des genauen logischen Verfahrens, der sachlichen, unparteiischen Darstellung. Die Statistik beobachtet Tatsachen, vergleicht diese Tatsachen und ermöglicht durch Zergliederung die Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen, ihre Ursachen und Wirkungen zu finden. Im engeren Sinne versteht man unter dem Wert die Anwendung dieser Darstellungs- und Untersuchungsmethoden auf die in Staat und Gesellschaft lebenden Menschen, kurz, auf die zahlenmäßige Untersuchung des gesellschaftlichen Menschenlebens.

Die Statistik hat die Aufgabe, das gesamte Gebiet des menschlichen Seins zu umfassen. Ihre Anwendung hat sich auf alle Zustände, alle Verhältnisse, Einrichtungen und Erscheinungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu erstrecken. Es gibt kein andres Mittel als die Statistik, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände von Staat und Gesellschaft in bezug auf ihre Schädlichkeit und Nützlichkeit richtig zu beurteilen und zu würdigen.

Für die Arbeiter liegt der Hauptwert der Statistik in der Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf diesem Gebiet haben die Gewerkschaften eine große Kulturarbeit zu erfüllen. Der Staat bringt den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter wenig Interesse entgegen und die herrschenden Klassen sprechen vor umfassenden, systematischen statistischen Erhebungen vor Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterklasse zurück, so suchen sie zu verhindern, weil die Ergebnisse die Beurteilung der bestehenden Ordnung bedeuten.

Wir wissen im allgemeinen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in bezug auf Nahrung, Wohnung, Kleidung, Erholung und kulturelle Bedürfnisse eine schlechte ist, aber diese allgemeine Kenntnis genügt nicht, wir müssen erfahren, wie schlecht die Lage der Arbeiter ist, wieviel ihnen fehlt zu einer der Kulturhöhe entsprechenden Existenz, wie groß der Abstand ist zwischen ihrer Lage und der Summe der Kulturwerte, die die Arbeit erzeugt. Das an Hand genauer und zuverlässiger statistischer Materials zu beweisen, ist um so notwendiger, als die Güter des Kapitals stets und ständig bemüht sind, die öffentliche Meinung über die schlechte Lage der Arbeiter hinwegzutäuschen.

Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man die Statistik mit als eine Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ansieht. Wenn durch die Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt werden soll, muß zunächst feststehen, wie diese Verhältnisse eigentlich sind, auch muß von Zeit zu Zeit festgestellt werden, in welchem Umfang das Streben der Organisation von Erfolg begleitet gewesen ist. Nur die Statistik zeigt uns, wie verschieden sich die Verhältnisse in den einzelnen Orten gestalten, wie sehr oft die gleiche Arbeit recht verschieden bezahlt wird und die Arbeitszeit sehr ungleich ist. Erst die Statistik zeigt den Kollegen in einzelnen Gegenden, daß sie zurückgeblieben sind, ihnen geht.

Um ihren Zweck vollständig zu erfüllen, ist von großer Wichtigkeit, daß eine Enquete möglichst umfassend ist. Das Streben des Statistikers geht dahin, den Kreis der Berufsgenossen, die in eine Erhebung einbezogen werden sollen, so weit als irgend möglich zu ziehen. Der Gewerkschaft stehen nicht wie dem Staat Zwangsmittel zur Verfügung, sie kann nur an das Ehr- und Pflichtgefühl der Berufsgenossen appellieren, um möglichst viele zur Teilnahme an der Statistik zu bewegen.

Das Verständnis für den Wert statistischer Erhebungen ist erfreulicherweise ständig im Wachsen begriffen. Dafür sind die in den letzten Jahren aufgenommenen Erhebungen der gewerkschaftlichen Organisationen ein deutlicher Beweis. Aber viele lassen sich trotzdem noch schwere Unterlassungssünden zuschulden kommen. Es gibt noch viele Kollegen, die die Ausfüllung eines Fragebogens für eine nutzlose Arbeit erklären oder die der Sache gar ablehnend gegenüberstehen. Das kann und darf nicht sein! Um Erprobung-

liches zuwege zu bringen, ist die Hilfe aller notwendig. Ohne die tätige Mithilfe jedes zu erfassenden Berufsstandes ist die ganze umfangreiche Arbeit, die eine statistische Erhebung mit sich bringt, halb umsonst gemacht. Wer bei einer beabsichtigten Erhebung nicht tätig mitwirkt, begeht einen Verstoß an den Interessen seiner Gewerkschaft und an sich selbst. Die Mitarbeit jedes Organisierten ist eine dringende Pflicht, der sich jeder bewusst sein muß.

Von derselben Wichtigkeit ist die Erfassung der uns noch fernstehenden Berufsstände. Jeder Organisierte muß bestrebt sein, ihm bekannte Nichtorganisierte, namentlich seine Nebenarbeiter, auf den Wert und die Wichtigkeit statistischer Erhebungen hinzuweisen. Der Verband ist in dieser Hinsicht fast ganz auf die Hilfe der einzelnen Mitglieder angewiesen. Gute Resultate ergeben sich nur, wenn alle Hand in Hand arbeiten.

Der innere Gehalt der Statistik ist noch wichtiger als ihr Umfang. Wird eine Enquete vorgenommen, ist das erste Gebot vor Ausfüllung der Fragebogen, alle Angaben genau zu überlegen, damit sie jeder Nachprüfung standhalten. Es liegt kein Grund vor, die Lage der Arbeiter schlechter erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist; jeder hat sich daher zu beschränken, nur das Niedrigste anzugeben, was der Wirklichkeit entspricht.

Auf der anderen Seite ist vielfach beobachtet worden, daß zum Beispiel höhere Löhne angegeben wurden, als die Betroffenen tatsächlich erhielten. Die Arbeiter haben aus falscher Scham „in ihren Sack gelogen“, ihre Mitarbeiter sollten nicht wissen, mit welcher geringem Lohn sie abgeholt wurden. Sie haben nicht bedacht, daß sie damit die Geschäfte der Unternehmer besorgten, und es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß derartige Vorkommnisse nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen können. Man halte sich streng an die Wahrheit, nur dadurch gewinnt eine Statistik wirklichen Wert.

Ferner beantwortete man alle Fragen, auch die, die der einzelne für unwesentlich und zwecklos hält. Im großen ganzen spielt jede Frage ihre wichtige Rolle.

Die gewerkschaftliche Statistik hat schon viel Gutes vollbracht; sie wird noch bedeutend mehr erzielen, wenn sich jeder bemüht wird, daß er lebendiges Fleisch am Leibe der Organisation sein muß.

Wo besteht ein Mißbrauch der Krankenkassen?

Je mehr die Arbeiter von ihren Rechten in der Verwaltung der Krankenkassen Gebrauch machen, desto lauter erschallt das Geschrei der Scharfmacher aller Schattierungen über den angeblichen sozialdemokratischen Mißbrauch der Krankenkassen. Besonders die Ortstrankenkassen, wo ja die Arbeiter noch am leichtesten in der Lage sind, ihren Einfluß geltend zu machen, sind nach Ansicht der Scharfmacher die reinen Korruptionsherde. Andererseits können diese Kreise sich nicht genug tun im Herausstreichen der Betriebs- und Innungsstrankenkassen, hier ist alles eitel Sonnenschein.

In der Reichsversicherungsordnung soll ja die Höhe der Scharfmacher fruktifiziert werden, indem man die Arbeiter in den Krankenkassen vollständig rechtslos machen will. Krampfhast ist man jetzt bemüht, Material über angebliche Mißstände in den Ortstrankenkassen zusammenzutragen; die jaulenden Herren hüben sich nur immer vorzüglichere, genauere Angaben über Ort, Datum usw. zu machen, so daß eine Nachprüfung nicht möglich ist. Demgegenüber kann die Arbeiterpresse aber immer mehr Material über die Mißwirtschaft in den von den Arbeitgebern bestrittenen Betriebs- und Innungsstrankenkassen beschaffen.

Vor kurzem ging durch die Presse die Mitteilung, die Arbeitervertreter in der Innungsstrankenkasse der Berliner Gastwirtschaften hätten sich gezwungen gesehen, ihre Kassen wegen der skandalösen Gewalttätigkeit der Arbeitgeber niederzuliegen. Heute wollen wir einen neuen Fall der Regierung und allen Spezialisten für Mißbrauch der Krankenkassen zur Beachtung empfehlen.

Es handelt sich um die Innungsstrankenkasse der Bauinnung zu Königsberg i. Pr. Ein Streif der Maurer und Bauarbeiter in Königsberg ging im Jahre 1894 verloren und führte zur Gründung einer Streikbrecherorganisation, die dann dem christlichen Verband beitrug. Weiter rief der Arbeitgeberverband einen Arbeitsnachweis ins Leben, durch den nur die Mitglieder des christlichen Verbandes eingestellt wurden, die Zentralverbände wurden also ausgeschlossen. Um die Arbeiter des Baugewerbes vollständig zu isolieren, beschloß die Bauinnung die Gründung einer Innungsstrankenkasse. Der Magistrat verweigerte zwar die Genehmigung, aber der Regierungsrat erteilte sie. Zunächst wurden die Beiträge etwas niedriger festgesetzt, als bei der Gemeinamen Ortstrankenkasse. Sehr bald aber fand die Kasse vor dem Main und mußte die Beiträge beträchtlich erhöhen und die Leistungen herabsetzen. Und nun wurde auch die Kasse zu einem reinen Maßregelungsanstalt.

Bezeichnend ist es schon, daß die Geschäfte der Innungsstrankenkasse, des Arbeitgeberverbandes und seines Arbeitsnachweises in denselben Bureauzimmern geführt werden. Wie würden die Scharfmacher schreien, wenn eine Krankenkasse in solch einer engen Verbindung mit dem Bureau einer Gewerkschaft stehen würde! Die Geschäfte werden aber auch von ein und demselben Beamten besorgt. So mußte der Kontrollleur der Kasse, der von dieser ein Gehalt von 100 M. erhielt, hierfür auch gleichzeitig den Arbeitsnachweis leiten. Dies war sogar auf Verzicht des Kampfbundes gezeichnet, wie vor kurzem in einem Prozeß durch Vernehmung zweier Sachverständigen festgestellt wurde. Später wurde dann beschlossen, daß 65 M. pro Monat vom Arbeitsnachweis an die Kasse als Entschädigung gezahlt werden sollten, da den Herren wohl inzwischen die Sache etwas heutzulicht geworden war.

Aber auch die Arbeitgeber beiträgen die Krankenkasse nur als einen Teil des Arbeitgeberverbandes und seines Arbeitsnachweises. So sandte z. B. der Architekt Mühr an die Krankenkasse eine Abmeldung eines Arbeiters und eines Maurers mit der Bemerkung für den Arbeitsnachweis, die beiden Leute sollten nicht in Arbeit gestellt werden, weil sie Krankenholde und faul seien.

Über die Verwaltungspraxis der Kasse den Mitgliedern gegenüber liegen fünf Dutzende von genaue skandalösen Fällen anzu führen. So ist es z. B. Mühr bei der Kasse, wenn sie aus irgendeinem Grunde glaubt, daß Kassenmitglieder zu Unrecht Krankengeld bezogen haben, gegen diese dann Anzeigen wegen Betruges erstattet und hat sie bis jetzt bereits einige Reklamationen gestellt. Ähnliche Straffestellungen sind an der Tagesordnung, und auf jede erdenkliche anständige und unanständige Art ist die Kasse bemüht, ihren Mitgliedern die Erlangung der Unterstützung zu erschweren, wenn nicht gar unmöglich zu machen. Alles dies kann allmählich an zahlreichem Material nachgewiesen werden.

Kennzeichnend ist es aber auch, daß die Kasse im Juni 1908 an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes im Baugewerbe befragt hat. In diesem Mandat, welches unterzeichnet ist: „Der Vorstand der Innungsstrankenkasse der Bauinnung zu Königsberg i. Pr., gez. Paul Langer (Vorstand der Kasse und des Arbeitgeberverbandes)“, heißt es:

„Ferner füge wir ein Verzeichnis derjenigen Leute bei, von denen wir die Erlaubnis erhalten haben, daß dieselben sich nur auf Kosten der Krankenkasse heranzulassen. Es sind dies geschickte Gesellen und mit alten Schäden behaftete Leute, die nur ein paar Tage arbeiten, um sich Zuschlagsentgelt zur Krankenkasse zu erwerben und sich dann krank zu stellen; sie schädigen die Krankenkasse ganz beträchtlich. Es wird gebeten, diese Leute nicht in Beschäftigung zu nehmen, denn sie nützen dem Arbeitgeber keineswegs.“

Beifolgend war dieses Verzeichnis ein Verzeichnis von 18 Arbeitern, 3 Bauarbeitern und 6 Maurern. Einer von den auf die Liste gesetzten Arbeitern (ein Sohn eines Mitgliedes des Baugewerkes) wurde damals nach tatsächlichen Umständen von der Kommission seines Arbeitgebers wurde ihm ganz freigegeben.

erklärt, auf Anweisung der Innungsstrankenkasse. Dann allerdings bestritt die Kasse entschieden, daß das richtig sei, nach der Veröffentlichung dieses Mandats bestritt aber jedenfalls kein Zweifel mehr daran.

Werden die Herren von der Regierung, vom Zentrum, von der „Nationalliberalen Korrespondenz“ usw. auch diesen Fall von skandalöser Mißwirtschaft verbreiten? Wir glauben nicht, denn es handelt sich um Arbeitgeber, es handelt sich um eine Innungsstrankenkasse, eine Kasse von der Sorte, die sich nach Ansicht der Regierung ganz besonders bewährt haben.

Aus der Reichsversicherungsordnungskommission.

Bei der Beratung der Invalidenversicherung in der zweiten Lesung bemühten sich die sozialdemokratischen Abgeordneten in erster Linie, eine Erhöhung der Leistungen herbeizuführen. Da ihre bisherigen Versuche, die einen planmäßigen Ausbau der Versicherung nach dieser Richtung hin erzielten, abgelehnt waren, so versuchten sie wenigstens, bei den wichtigsten Punkten die notwendigen Verbesserungen zu erreichen. In erster Linie kam hier in Betracht die Notlage der Bezüger von Invaliden- und Altersrenten während einer Krankheit. Die Renten sind so gering, daß davon die Rentempänger unmöglich den verhältnismäßig hohen Betrag für die Krankenversicherung zahlen können. Aus diesem Grunde verlieren sie ihren Anspruch an die Krankenkasse auf Krankenpflege, d. h. auf ärztliche Hilfe und die von den Ärzten verschriebenen Heilmittel. Ebenjowenig aber können sie während der Krankheit von ihrer geringen Rente Arzt und Apotheker bezahlen. Die Folge hiervon ist, daß sie während einer Krankheit den Armenarzt und auch sonst noch die Armenpflege in Anspruch nehmen müssen.

Die Sozialdemokraten beantragten daher, daß denjenigen Rentempängern, die keinen Anspruch auf Krankenpflege an eine Krankenkasse haben, die Krankenpflege von der Invalidenversicherung gewährt werden muß. Wegen die Berechtigung dieses Antrags konnten weder die Vertreter der Regierung noch die bürgerlichen Parteien eine Einwendung machen. Sie wiederholten aber das alte Lied, daß durch eine derartige Aufwendung die Kosten der Versicherung bedeutend vergrößert werden würden und daß das deutsche Reich eine solche Last ganz unmöglich tragen könnte. Diese Begründung schlug bei den bürgerlichen Parteien durch. Selbst das Zentrum stimmte in den Jammerruf über die hohen Kosten der Versicherung ein und so kam es, daß auch dieser Antrag der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt wurden.

Eine weitere Erhöhung der Leistungen beantragten die Sozialdemokraten bei der Festsetzung der Renten für die Hinterbliebenen, also für die Witwen und Waisen der verstorbenen Arbeiter. Bekanntlich sind diese Bezüge noch weit geringer als die Renten, die den Hinterbliebenen der Arbeiter auf Grund der Unfallversicherung zustehen. Sie betragen durchschnittlich für die ganz arbeitsunfähigen Arbeiterwitwen 30 bis 40 Pf. und für die Waisen unter 15 Jahren circa 15 Pf. pro Tag und Kopf. Dagegen haben diejenigen Witwen und Waisen, deren Ernährer durch einen Betriebsunfall den Tod erlitten hat, Anspruch auf eine Rente von je 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, zusammen bis zu 60 Proz. des Arbeitsverdienstes. Die Sozialdemokraten vertreteten die Ansicht, daß es ganz unbillig sei, diejenigen Witwen und Waisen, deren Ernährer nicht durch einen Betriebsunfall dahingerafft worden sind, noch schlechter zu stellen als die Witwen und Waisen, die ihre Entschädigung von der Unfallversicherung bekommen. In beiden Fällen ist den Arbeiterfamilien der Ernährer entzogen worden. Und oft genug ist auch der Arbeiter, der einer gewöhnlichen Krankheit und nicht einem Betriebsunfall erlegen ist, bereits durch seine Arbeit so aufgerieben gewesen, daß der Tod die Folge dieser Schwäche war und demgemäß zu einem guten Teile auf die Ausbeutung durch die heutige Erntearbeiter zurückgeführt werden muß. Daher forderten die Sozialdemokraten, daß auch die Hinterbliebenenversicherung der Renten für die Witwen und Waisen genau so bemessen werden soll, wie die Unfallversicherung, das heißt jedem der Hinterbliebenen eine Rente von 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes des Verstorbenen, zusammen aber höchstens 60 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes ausbezahlt wird. Auch dann ist ja die Rente eine noch sehr geringe, jedoch wäre sie bedeutend höher gekommen, als nach der Regierungsvorlage. Uebersieht beantragten die Sozialdemokraten, daß die Witwenrente wie bei der Unfallversicherung allen Witwen gewährt werden soll, während die Vorlage der Regierung die Witwenrente der Hinterbliebenenversicherung nur denjenigen Witwen zugestehen wollte, die bereits invalide im Sinne des Invalidenversicherungsgesetzes, also so gut wie ganz arbeitsunfähig sind. Die Regierungsvorlage glaubten ein ganz besonders durchschlagendes Argument gegen diese Forderungen vorbringen zu können, indem sie ausrechneten, wieviel Hunderte von Millionen nötig seien, um all die Forderungen der Sozialdemokraten auf diesem Gebiete zu erfüllen. Das Ergebnis war, daß die Beiträge für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durchschnittlich auf 60 Pf. erhöht werden müssen, während sie nach dem Regierungsentwurf 22 Pf. betragen. Auch diese Ausrechnung machte auf die bürgerlichen Parteien einen sehr großen Eindruck. Die Herren betrachteten es offenbar für ganz ausgeschlossen, daß derartige „große Ausgaben“ für die Arbeiter jemals gemacht werden könnten. Die Sozialdemokraten dagegen erklärten, daß unter allen Umständen diese Ausgaben geleistet werden müßten, um die Witwen und Waisen der Arbeiter gegen die schlaunste Not sicherzustellen. Die Sätze, welche die Regierungsvorlage vorschlägt, seien so gering, daß davon unmöglich eine Arbeiterfamilie existieren könne. Ja, sie seien aus diesem Grunde geradezu als eine Verhöhnung der Arbeiter angesehen worden. Und die Parteien, die für Militarismus, Nationalismus und Kolonialpolitik jedes Jahr viele Hunderte von Millionen Mark bewilligen und die dem arbeitenden Volk durch den Zollwucher geradezu riesige Lasten auferlegen, die hätten keinen Grund, die Beiträge von 60 Pf. pro Woche für jeden Arbeiter als unerschwinglich hinzustellen, wenn es sich um einen wirklichen Fortschritt für die Arbeiterhandelt. Aber auch hier war das Ende vom Lied, daß die Anträge der Sozialdemokraten gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Polen abgelehnt wurden.

Leider begnügten sich die bürgerlichen Parteien nicht damit, die notwendigen Verbesserungen abzulehnen, sondern sie haben sogar die Leistungen der Invalidenversicherung in einem sehr wesentlichen Punkte verschlechtert. Bekanntlich gehören die Versicherungsanstalten der Invalidenversicherung an solche Personen, die durch ein Heilberfahren entweder vor der Invalidität bewahrt werden oder ihre Arbeitskraft wiedererlangen können, die Mittel zum Besuche von Bädern, Heil- und Erholungsanstalten. Dies ist schon vielen Arbeitern zugute gekommen, die an der Lungenkrankheit, an Rheumatismus, Herzkrankheiten usw. leiden. Allerdings können nicht alle Krankheitsanstalten gleich viel in dieser Beziehung tun. Denn diese Leistung ist den Versicherungsanstalten nur als ein Recht, aber nicht als eine Verpflichtung auferlegt. Die Folge davon ist, daß einzelne Versicherungsanstalten nur einen kleinen Bruchteil ihrer Einnahmen für diese Zwecke verwenden, andere dagegen einen erheblichen, bis zu 30 Proz. Die Konventionen beantragten nun, daß die Bewilligung für diese Zwecke, soweit sie 7 Proz. der gesamten Einnahmen an Beiträgen übersteigen, vom Reichsversicherungsamt genehmigt werden müssen. Die Sozialdemokraten weisen den großen Nutzen nach, den gerade diese Ausgaben für die Arbeiter haben. Selbst der Abg. Dr. Mughan bestätigte, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung gerade diese Leistungen als die wichtigsten und wertvollsten der Hinterbliebenenversicherung geschätzt wurden. Von diesem Gesichtspunkt aus warnten sie die Sozialdemokraten mit aller Entschiedenheit dagegen, daß den Versicherungsanstalten die Hände gebunden

würden für den weiteren Ausbau dieser Leistungen. Die Regierung trat für den konservativen Antrag, der fraglos bestellte Arbeit war, deshalb ein, weil es notwendig sei, den übertriebenen Luxus einzelner Versicherungsanstalten auf diesem Gebiete zu verbieten, da dadurch die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalten untergraben würde. Bezeichnend war es, daß sie sich gegen einen Antrag des Abg. Dr. Mughan erklärten, nach dem das Reichsversicherungsamt nur dann die höheren Ausgaben für Heilzwecke beanstanden darf, wenn dadurch die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalt gefährdet wird. Die bürgerlichen Parteien bestanden sich wieder bei dieser Gelegenheit auf ihr gutes Recht und stellten es so hin, als ob sie einzig und allein aus Sorge für die finanzielle Sicherheit der Versicherungsanstalten dem konservativen Antrag zustimmen wollten. Aber auch sie stimmten gegen den Antrag des Abg. Dr. Mughan, so daß dieser abgelehnt wurde. Die Nationalliberalen hatten den Antrag eingebracht, daß das Reichsversicherungsamt bei der Prüfung der Ausgaben für Heilzwecke die Leistungsfähigkeit der einzelnen Berufsstände berücksichtigen soll. Die Regierungsvorlage hoben hervor, daß der Antrag keine praktische Bedeutung haben würde. Darauf erhob sich der Zentrumsgewählte Fleischer und erklärte, gerade deshalb, weil der Antrag keine praktische Bedeutung habe, weil er unerschwinglich sei, müßte der Antrag angenommen werden. Den anderen Zentrumsgewählten und selbst den Antragstellern war diese Dissenheit sehr unangenehm. Sie versicherten, daß sie dem Antrag eine größere Bedeutung beilegen. Mit diesem Zusatz wurde dann auch der konservative Antrag angenommen.

Zum Tarifabschluss in Aachen.

Endlich gelang es auch, dank der Mithilfe unserer Kollegen, in dem finsternen Aachen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in tariflicher Form zur Regelung zu bringen. Wohl kaum in einer anderen Stadt gelang es den Fintertingen und Reaktionären, die Arbeiterkraft für ihre Zwecke so einzufangen, wie gerade in Aachen. Wie immer, wo die Klerik auf wirtschaftlichem oder politischem Gebiete die Macht besitzt, diese Macht zum Gunsten der Arbeiter mißbraucht wird. Als Beweis diene kurz folgendes: Die städtischen Arbeiter haben durch Petitionen um eine Lohnerhöhung dem unerträglichen Einfluß der kolossalen Preissteigerung wehren wollen, blieben aber ohne jede Nachwirkung. Ueber diese Mißachtung ungehalten, nahmen die Arbeiter durch Resolutionen gegen das Verhalten der Stadtwahlverwaltung Stellung und mußten nachher, statt die städtischen Arbeiter über den Stand ihrer Forderung zu erhalten, durch den Mund des Bürgermeisters erfahren, daß die Leute, die der Resolution zugestimmt haben, für den städtischen Dienst für untüchtig erklärt wurden.

Wir hätten diesen Vorgang nicht erwähnt, wenn nicht das Verhalten der Kommune auf die Privatunternehmer einen unheilvollen Einfluß ausüben würde. Aber die Gründe, die die Brauereiarbeiter zu dem Forderungsvorhaben gaben, sind dieselben, wovon sich die erwählten städtischen Arbeiter bei ihrem Handeln bestimmen ließen: sie sind die Folge der unheilvollen Zollpolitik, die das Zentrum allein verschuldet, und somit der Arbeiterkraft die Lebenshaltung geradezu unterbunden hat.

Und welche Gründe machten die Brauereien für ihre ablehnende Haltung gegenüber unseren Forderungen geltend? Die Brauereien in Höhe von 100 Millionen Mark, auch ein Produkt des Zentrums, die die Brauereien ganz bedeutend belastet, sollte dazu dienen, die Arbeiterkraft noch länger in den mißlichen Verhältnissen zu erhalten.

Ein weiteres Gemühs in dieser Bewegung trat dadurch in Erscheinung, daß durch den „Bund der Brauereigellen“ mit jedem Kalenderjahr Forderungen eingereicht wurden, ja noch mehr, diese Forderungen wurden, so oft dieselben eingereicht, auch reduziert. Daß durch ein solches Verhalten der Bundesführer die Arbeiter der Nächlichkeit der Unternehmer verfallen, sei nur nebenbei erwähnt. Daß diese Bundesführer die Bewegung nicht mit dem notwendigen Ernst verfolgten, erhellt schon aus der Tatsache, daß der Vorsitzende einige Dränger mit den Worten abzutun beliebte:

„Ja, wir können ja nicht ernstlich vorgehen, wir haben die Brauereien, um die Föhne zu erreichen, um Geld angegangen!“

Dieser Entschuldigungsgründe, um die Opponenten zu beruhigen, sind nur ein kleiner Beweis von den zerfahrenen Verhältnissen, wie wir dieselben vorgefunden haben.

Aber trotz aller Zerfahrenheit gelang es doch, die Verhältnisse um ein ganz wesentliches zu verbessern. Die Arbeitszeit, die früher innerhalb 13 Stunden 10 Stunden und darüber hinaus dauerte, ist durch Tarif auf 10 Stunden innerhalb 12 Stunden herabgesetzt worden. Ueberschichten, Sonntagsarbeit, sowie Dufourdienst sind früher umsonst verrichtet worden; im Tarif sind für diese Leistungen bestimmte Sätze festgelegt. Bei der Lohnskala hielt es ungemein schwer, für jede Kategorie eine bestimmte Form zu finden. Monatslöhne und Wochenlöhne fanden wir bei einzelnen Kategorien vor. So schwankte der Lohn für Brauer zwischen 85-90 M. monatlich oder 20-22 M. wöchentlich; der Lohn der Hilfsarbeiter bewegte sich zwischen 17,50, 18 und 20 M. Die Löhne der Maschinenisten und Heizer waren statistisch nicht zu ermitteln, da diese Kollegen, weil Ueberschichten im Lohn einbegriffen, sich offenbar schämten, die Erbärmlichkeit ihrer bezogenen Lohnsätze zu verraten.

Die durchschnittliche Lohnaufbesserung schwankt bei den Brauereien zwischen 2,50-3 M., bei den Hilfsarbeitern zwischen 4-5 M. Dem Paragrafen 618 fanden die Brauereien recht verständnislos gegenüber. Die ablehnende Haltung der Brauereien ließ von vornherein erkennen, daß die Leiter recht wenig soziales Verständnis der Arbeiter voraussetzten. Wir werden durch die Handhabung des Tarifs zu beweisen versuchen, daß diese Voraussetzung der Brauereien eine vorläufige und irrige ist.

Der Tarif ist nur auf ein Jahr festgelegt und bildet somit für die Kollegen ein gutes Mittel für den Ausbau der Organisation zur weiteren Eringung besserer Lebensbedingungen. Was den Erfolg für diesmal noch begünstigte, das war der Umstand, daß eine Unternehmerorganisation nicht bestand. Die Auslassungen einiger Brauereibesitzer während der Verhandlungen haben uns erkennen lassen, daß dieser Tarifabschluss eine Unternehmerorganisation zur Folge haben wird. Unseren Kollegen ermahnt somit die dringende Pflicht, aus dieser Bewegung die gleiche Lehre zu ziehen und eine muttergültige Organisation zu schaffen, die allen Stürmen trotzen kann.

Bewegung im Berufe.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

† Zugun ist fernzuhalten nach Odenburg (Brauerei Söner), Düsseldorf (Brauerei Oppenheimer), Dresden (Blauenherz Saarkeller), Dingolfing (Brauerei Erlmeiner), Warburg (Brauerei Wopp), Siegen (Brauerei Denninghoff), Aachen (Brauereiarbeiter, Wegler Wiert), Plauen i. V. (Brauerei Hammer) und Langensalza (Walfabriken).

Brauereien.

† Bad Müling. Tarifvertrag. Mit der Schühbauerei in Bad Müling wurde auf weitere zwei Jahre der Tarifvertrag erneuert. Der Zonentarif I für oberbayerische Landbrauereien wurde mit den sonstigen Sonderabmachungen von beiden Seiten angenommen.

† Gera. Tarifvertrag. Die hiesige Vereinbrauerei hat mit der Organisation einen Tarifvertrag vereinbart, der ähnliche Verbesserungen vorsieht wie derjenige des „Brauereibunds“.

† Hildesheim. Tarifvertrag. Die Lohnbewegung in der Aktienbrauerei ist durch Tarifverneuerung beendet und werden die Lohnerhöhungen ab 1. Oktober, vom Tage des Tarifabschlusses, nachgezahlt. Es wurde eine Zulage von 1,50 bis 2,50

Markt die Woche erzielt. Dieser folgt am 1. Oktober 1911 eine weitere Zulage von 50 Pf. Ein wesentlicher Vorteil liegt in der nur dreijährigen Staffel gegenüber einer solchen von jetzt fünf Jahren. Dadurch wird ein um zwei bis drei Staffeln höherer Einstellungslohn gegenüber dem alten Verhältnis erzielt. Die Arbeitszeit wurde um eine halbe Stunde pro Tag verkürzt und ist jetzt eine neunstündige. Die Ueber- und Sonntagsstunden werden jetzt mit 60 und 70 Pf. pro Stunde vergütet. Das bedeutet eine Aufbesserung von 10 Pf. pro Stunde. Für das Bierausfahren am Sonntag wurde 1 Mk. mehr gegenüber den alten Sätzen erreicht. Hoffentlich trägt dieses wesentlich dazu bei, das Bierausfahren im Winterhalbjahr ganz, im Sommer auf unbedingt nicht zu umgehende Fälle zu beschränken. Die Brauereiarbeiter werden auch darin nicht eher ruhen, bis auch diese Unsitte beseitigt ist. Auch der jährliche Erholungsurlaub erfährt eine wesentliche Veränderung. Es werden gewährt im 1. Jahr 3 Tage, im 2. und 3. Jahre eine Woche und im 4. Jahre 14 Tage ohne Lohnabzug. In Krankheitsfällen von längerer Dauer erhalten die Arbeiter bis zu 14 Tagen die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, so daß sie auf ihren vollen Lohn kommen. Der Arbeitsnachweis wurde offiziell anerkannt.

Mit diesen Erfolgen können die Arbeiter schon zufrieden sein. Sie zu erreichen, war aber nur möglich durch eine straffe Organisation. Kein denkender Arbeiter sollte daher noch außerhalb seiner Organisation stehen. Nur durch eine festgefügte Organisation, welche alle Arbeiter umfaßt, können sie sich Verbesserungen ihrer Lage erkämpfen. Daher hinein in die Organisation!

† Weisenheim. In dem Kampfe gegen die organisierten Brauereiarbeiter findet die aussperrende Brauerei Bonnet u. Co. noch von anderer Seite Hilfe. Vier Kollegen, brave, tüchtige Familienväter, welche 8-12 Jahre für einen Hungerlohn bei Bonnet u. Co. gearbeitet haben, hat man auf die „Süßereife“ gesetzt. Jedenfalls ist die Firma Bonnet u. Co. nicht ganz in Unkenntnis darüber, wie diese sonderbare die Urheber und Vollstrecker wenig ehrende Maßnahme zustande gekommen ist. Dann der Bürgermeister und General a. D., Herr von Studrad, der uns das Versammlungsfeld abzutreten und den Witz unter Hinweis auf geschäftliche Nachteile zu beeinflussen versucht, das Versammlungsfeld zu betweigern. Der Herr Bürgermeister braucht bei seinem Gemeindefiskus von 11800 Mark pro Jahr, und da er ja auch nicht ausgespart ist, weniger ein Versammlungsfeld als die Arbeiter, die für ihre Kollegen eintreten, die für 17 Mk. pro Woche ausgebeutet und dann auf Pfaster gesetzt wurden, als sie sich organisierten, um einmal ihre elende Lage zu verbessern. Wem stünde es ihm schon an, wenn er vermittelnd eingreifen würde, anstatt die Firma Bonnet u. Co. in dem Koalitionsrechtsraub in der Form zu unterstützen. Auch der Kriegerverein hilft getreulich in der Unterdrückung und Rechtslosmachung der Arbeiter. Die Mitglieder unseres Verbandes, die auch Mitglieder des Kriegervereins waren, hat er ausgeschlossen, also gemäßregelt, dagegen sind die Geschebesverleher noch weiter würdig, dem Kriegerverein anzugehören. Auch hier zeigt sich wieder die Arbeiterfeindschaft der Kriegervereine. Nun, diese reaktionären Gewalten, die dem Scharfmacher Bonnet zur Seite stehen, werden ihn in Konsumantenkreisen sicher nicht beliebt machen.

† Rosenheim. Tarifvertrag. In den Brauereien: Bräu am Anger, Perlohnner und Hofbrauhaus ist die Lohnbewegung beendet. In der Brauerei am Anger wurde der Jontarif III angenommen. Die Monatslöhne sind in Wochenlöhne umgewandelt worden und steigen von 22 Mk. bis 24 Mk. pro Woche. Die Biermarken werden zu 17 Pf. herausgezahlt. Die Sonntagstour wird mit 2 Mk., die Werktagstour mit 35 Pf. gezahlt. Ein jährlicher Urlaub von 2-6 Tagen wird bei voller Lohnzahlung gewährt. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld 10 Tage lang herausgezahlt. Bei militärischen Leistungen wird bis zu 30 Tagen pro Tag 1 Mk. bezahlt. Im Hofbrauhaus und Perlohnnerbrauerei sind die Monatslöhne (75 und 80 Mk.) ebenfalls in Wochenlöhne umgewandelt und 22,50 Mk. als Mindestlohn festgesetzt; die höheren Löhne steigen entsprechend. Die Jour- und Hofbrau wird geregelt. Die Arbeitszeit ist dem Jontarif III angepaßt.

Die Brauereiarbeiter Rosenheims sind nun wieder um ein Stück vorwärts gekommen. Es ist nicht zu verkennen, daß es einer langen und anstrengenden Organisationsarbeit bedurfte, um auch in diesen Betrieben Verbesserungen zu erzielen. Mögen die Brauereiarbeiter Rosenheims das Erreichte durch eine geschlossene Organisation sich auch erhalten!

Malzfabriken.

† Langensalza. Zum Streik. Am 6. Dezember fanden Verhandlungen unter Vorbehalt des Bürgermeisters Herrn Wiebeck statt. Die Unternehmer stellten solche unerhörten Bedingungen, auf die einzugehen es den Arbeitern unmöglich war. Die Verhandlungen wurden ohne Resultat abgebrochen.

Nun sieht man auch klar, worauf die Unternehmer hinaus wollen. In Gegenwart des Bürgermeisters erklärten die Direktoren, daß sie absolut nichts gegen den Verband hätten, aber die Betriebsleitung der Malzfabrik Ziegelhof macht jetzt den Austritt aus dem Verband zur Bedingung. Also ein Kampf um das Koalitionsrecht, den wir allerdings durchkämpfen werden.

Die Direktoren versuchen nun brieflich, die Arbeiter einzeln zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen, indem sie ihnen „Ueberstellung“ versprechen. Natürlich wird auf den Reim ein Arbeiter mit gefundenen Sinnen nicht hineinfallen.

Die Kollegen im Lande rühren sich aber auch schon. Eine Versammlung der Bahnhöfe Hannover am Mittwoch, den 7. Dezember, nahm Stellung zu dem Streik in Langensalza und beschloß, den kämpfenden Solidarität in jeder Form zu gewähren und die Verarbeitung des Langensalzaer Malzes zu verweigern. Vorher sollen jedoch die Brauereien in Hannover, soweit sie Uebernehmer von Malz aus Langensalza sind, ersucht werden, ihren Einfluß bei den Langensalzaer Proben in nachdrücklichster Weise geltend zu machen.

Jetzt wird versucht, die Arbeiter einzuschüchtern durch die Mär, die beiden Malzfabriken: Aktien-Malzfabrik Ziegelhof und Thüringer Malzfabrik Aktien-Gesellschaft wollen den Betrieb schließen. Das ist zu dumm, um ernst genommen zu werden. Wir bitten aber die Kollegen allerorts, ein wachames Auge auf die beiden Langensalzaer Malzfabriken zu werfen, denn die Anforderungen, die sie entfallen, ihr Produkt unter „falscher Flagge“ durchzuschmuggeln, überbietet alles. So werden die Waggons teils in Leinefelde, teils in Erfurt, teils in Nordhausen unexpediert. Aber es entgeht den vigilanten Augen der Streikenden und ihrer auswärtigen Freunde doch nicht und wenn es noch so geheimnisvoll eingefädelt wird. Besonders Augenmerk muß auf die Malzfabrik M. Pape in Nordhausen gerichtet werden. Dieser scheint den „ehrliehen“ Waffer zu spielen. So wurden erst in den letzten Tagen 2 Waggons, die an Pape, Nordhausen adressiert waren, dort nach Dortmund und Ostrode a. Harz weiter expediert. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, das Malz, was aus Nordhausen kommt, sich genau anzusehen. Aber auch die anderen Orte nicht dabei vergessen, da, wie wir auch hier festgestellt haben, ein Umtausch der Säcke stattfindet und auch diese Art Langensalzaer Malz schließlich von sonst woher geliefert wird. B. W. ist es auffällig, daß die verhältnismäßig kleine Malzfabrik Hamsbrück b. Langensalza in den letzten Tagen sehr viel Malz verladet, fast täglich 2 Waggons. Deshalb sollte sich auch nicht der Helfer in der Not einsindeln?

Darum Kollegen, aufgepaßt. Seht euch genau den Lieferanten an und prüft genau nach, wo es herkommt. Den Kampf, den wir führen, führen wir im Interesse aller Kollegen. Würden die Langensalzaer Scharfmacher mit ihrem brutalen Vorgehen — ein bisher befaßenes Vertragsverhältnis einfach aufzuheben, um so

nach Herzenslust willkürliche Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuführen — durchkommen, so würden sich sicher auch anderwärts Nachahmer finden. Der Kampf wird und muß zu unseren Gunsten durchgeführt werden.

Wir ersuchen die Kollegen, die in dieser Gelegenheit uns wissenswerte Mitteilungen machen können, dies gefl. an untenstehende Adresse zu richten: Max Ilgner, Langensalza, Restaurant Oben, Gelsenkeller, Eisenacher Straße.

Mühlenerbeiter.

† Dresden-Dohna. Eine schöne Erfolg wurde für die Kollegen in der Schloßmühle zu Dohna erzielt. Die Betriebsleitung konnte es zwar noch nicht über sich gewinnen, mit den Organisationsvertretern zu unterhandeln, bewilligte aber in Verhandlung mit den Kollegen die durch die Organisation eingereichten Forderungen. Erzielt wurde eine Lohnerhöhung von 15 Mk. pro Person und Monat, Arbeitszeitverkürzung wöchentlich 3 Stunden. Der Chauffeur erhält für Sonntagsfahrten pro Sonntag 7 Mk. sowie freie Verpflegung, bei Verjämmerung ohne Verjämmerung wird bis zu drei Tagen der volle Lohn gezahlt, an den Tagen vor Weihnächten, Neujahr, Ostern und Pfingsten ist um 4 Uhr Arbeitschluss. Außerdem soll die Fraite (Schwaller) in sauberem Zustand gejeht und täglich gereinigt werden.

Korrespondenzen.

Frankfurt a. D. In der Versammlung am 11. Dezember sprach Kollege Nische-Fürsternwalde über den Wert der Organisation. Es ließen sich 7 Kollegen aufnehmen. Im Verschiedenen wurden die noch sehr rückständigen Verhältnisse in der Malzfabrik Reimann besprochen. Die anwesenden Kollegen sind der festen Ueberzeugung, daß hier nur die Organisation helfen eingreifen kann, dieses bekundeten sie durch Eintritt in die Organisation. Kollegen, nur weiter so, bringt auch die paar Säumigen nach heran und die Erfolge werden nicht ausbleiben. Die Kollegen der Frankfurter Brauereier sollten dem guten Beispiel der Weimannschen Kollegen folgen und sich dem Verbands anschließen, dann müssen auch endlich einmal bessere Verhältnisse in den Brauereien und Mälzereien Frankfurts Platz greifen.

Gera. Die Versammlung am 20. November beschloß, sich an der Berichterstatter über die Vergangenheit der Organisation zum 20jährigen Bestehen des Kartells zu beteiligen. Zur Weisheitsbesprechung für durchreisende und arbeitslose Mitglieder zu Händen des Kartells wurden 50 Mk. aus der Lokalkasse bewilligt. — Scharf kritisiert wurde noch, daß Kollegen, die ihr Bier nicht trinken, ihre Biermarken an andere Personen vergeben. Wer sein Bier nicht trinken kann, dem steht das Recht zu, seine Biermarken einzulösen, streng verboten ist aber, seine Marken an dritte Personen abzugeben. Sollten einem Kollegen dieser Sache wegen von seiten der Direktion aus Unannehmlichkeiten entstehen, so kann die Zahlstelle für ihn nicht eintreten. Es wurde noch angeführt, daß die Arbeitszeit der Ringer Bierfahrer nicht eingehalten wird. In der Diskussion stellte es sich aber heraus, daß es nur ein Bierfahrer ist, der sich dadurch jedenfalls einen guten Stand verschaffen will. Die Regelung der Arbeitszeit hat bei der letzten Lohnbewegung viel Mühe und Arbeit gekostet, deshalb muß auch das Erzeugnis streng eingehalten werden. Zum Schluss forderte der Vorh. die wahlberechtigten Kollegen auf, alle ihre Pflicht zu tun und ihre Stimme unserem Kandidaten zu geben.

Krefeld. Am 27. November fand im Lokal von Sevensich eine im Verhältnis zur Wichtigkeit der Tagesordnung schlecht besuchte Versammlung statt, in der Kollege Frank, Düsseldorf, über die letzte Tarifbewegung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen referierte. Redner gab seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß die schlecht besuchte Versammlung nur zu gut Zeugnis davon ablege, wie wenig die Brauereiarbeiter von Krefeld und Umgegend selbst Interesse an ihren eigenen Lohn- und Arbeitsbedingungen haben. Er warf dann einen kurzen Rückblick auf die Geschichte der Tarifbewegungen in Deutschland und führte anschließend daran aus, daß die jetzigen Tarifabschlüsse in Rheinland und Westfalen unmittelbar im Zusammenhange mit der Ausspernung vom Jahre 1905 stehen. Die jetzigen Tarifabschlüsse haben den Brauereiarbeitern nicht zu unterschätzende Verbesserungen gebracht, insbesondere sind die Erzeugnisse für die Brauereiarbeiter Krefelds im Verhältnis zu dem hiesigen Stand der Organisation große; es sei nun Sache der Brauereiarbeiter auch in Krefeld, auf unbedingte Einhaltung des beiderseitig anerkannten Tarifs zu bestehen und die Absichtstendenzen heranzuholen zur Organisation, zur Erfüllung ihrer Pflicht. Nachdem die Abrechnung gegeben war, wurde beschlossen, zwecks Agitation an den nächsten Sonntagen und geeigneten Werktagabend Betriebsversammlungen für die Arbeiter der einzelnen Betriebe abzuhalten, wobei wir hoffen, daß alles zur Stelle sein wird. Die Mitglieder wollen ihr nötiges dazu beitragen.

Landsbut. Die bürgerliche Presse berichtet vor kurzem, daß in einer hiesigen größeren Brauerei ein Arbeiter von der Polizei ertappt wurde, wie er unerlaubterweise einige Pfund Weizen mitgehen ließ. Die Zahlstelle Landsbut lehnt es ab, wenn solche Dinge vorkommen, eine Vertretung zu übernehmen. Den organisierten Arbeitern ist es zur Pflicht gemacht, daß sie sich in solcher Beziehung nichts zuschulden kommen lassen. Nur wer seine Pflicht erfüllt, kann Rechte verlangen.

Magdeburg. In der Versammlung am 4. Dezember hielt Genosse Möllinger einen Vortrag über die Theorie der Genossenschaftsbewegung. In einer ausgiebigen Diskussion kamen noch sehr interessante Sachen zutage. Eine bessere Beteiligung der Mitglieder am Konsumverein ist auch bei uns dringend notwendig. — Mit der Organisation geht es jetzt auch in den Mühlbetrieben vorwärts; die organisierten Kollegen mögen ihr Bestes tun, um die noch fernstehenden zu unserer Organisation heranzuziehen.

Stettin. In der Versammlung am 20. November teilte unter Verbandangelegenheiten Kollege Boldt mit, daß sich in den letzten vier Wochen so verschiedenes unter den Kollegen abgespielt hat und die Unternehmer immer gleich mit der Entlassung bei der Hand waren. So z. B. haben sich auf der Züchower Mühle ein Unorganisierte mit einem Organisierten geschlagen, weshalb letzterer entlassen wurde. Dieser Vorfall wurde aber von der Verbandsleitung geregelt. Außerdem wurde für alle Arbeitnehmer eine Lohnzulage von 2 Pf. pro Stunde für alle dort Beschäftigten erzielt. Ferner wurde auf der Viktoria-Brauerei ein Kollege entlassen, weil er gegen den Tarif verstoßen hatte. Nach acht Tagen wurde er auf der Nidforthischen Brennerei eingestellt. Kurz darauf wurde auf derselben Brauerei ein Kollege gefündigt. Trotzdem auch hier ein Grund zur Entlassung vorlag, wurde dem Kollegen Boldt nach Vorstelligwerden vom Direktor Meyer versichert, daß er den Braumeister beauftragen werde, die Kündigung zurückzunehmen, welches auch an anderen Tagen geschah und der Kollege im Betrieb geblieben ist. Auf Grund aller dieser Vorkommnisse legte Kollege Boldt den Kollegen ans Herz, wenn derartige Streikigkeiten vorkommen, gleich an den Vorstand heranzutreten und dort werden derartige Fälle geprüft und geregelt. Nicht wie es in letzter Zeit die Unternehmer machen, welche versuchen, die Kollegen bei der Verbandsleitung schlecht zu machen und ihnen ein ganzes Sündenregister aufzuhängen. Ebenso in umgekehrter Weise sie unsere Vertreter bei den Kollegen schwarz zu machen versuchen, wie es ja von der Genossenschaftsbewegung im Zeitraume der Verhandlungen des Kollegen Kühne gemacht worden ist. Unter Verschiedenes verweist Kollege Boldt auf die Stadtverordnetenwahlen, wofür die Kollegen tüchtig agitieren müssen, um unsere Kandidaten durchzubringen.

Uelzen. Am 27. November fand unsere gutbesuchte Versammlung statt. Der Kartellbericht wurde vom Kollegen Knuth gegeben. Hierauf sprach Genosse Müller über die bestehenden Verhältnisse beim Gewerkschaftsgericht. Redner schilderte in anschaulicher Weise die Mängel, die hierbei bestehen, und belehrte die Kollegen, welche Schritte sie bei etwaigen Verhandlungen zu tun hätten. Ferner sprach derselbe von den Mängeln im Kartell und Bedauerlich, daß

bis jetzt nichts geschehen wäre, um dem Bildungsbedürfnisse der organisierten Arbeiter zu genügen. Kollege Wübenberger gab einen Bericht über die Generalversammlung der Ortskrankenkasse mit Angabe der mit den Ärzten usw. abgeschlossenen Verträge. Es wurden drei Mühlenerbeiter neu aufgenommen, und sind wir bis jetzt mit den Bemühungen in dieser Beziehung zufrieden.

Thann. Die Ehehälfte des Brauereibesetzers Weideneber hat für Arbeiter keine große Achtung. Dienstboten bekommt sie soviel sie wolle, aber das Vieh ist teuer, ist ihr Grundbesitz. Dieser Ansicht entsprechend sieht auch die Wohnung der Kollegen aus. Ein altes Kellergemälde dient ihnen als Wohn-, Schlaf- und Eckraum. Die Betten sind unter aller Kritik. Selbstverständlich besteht auch noch Kost- und Logiszwang. Von einer Sonntagsruhe ist keine Rede, und auch die Aufsichtsorgane haben darin noch keine Veränderung geschaffen. Aber Klagen nützen nichts, die Kollegen müssen sich organisieren und so Abhilfe schaffen.

Mühlenerbeiter.

Oranienburg. Eigenartige Verhältnisse scheinen noch in der hiesigen Dampf- und in welcher 18 Personen beschäftigt sind, zu bestehen. War es bis vor kurzem den Frauen beehrterter Kollegen noch gestattet, das Essen in die Mühle zu tragen, so muß es jetzt in Gegenwart des Obermillers den Männern am Eingang übergeben werden. Die Frauen aber bekommen einen vor Schmutz starrenden Aufenthaltsraum angewiesen. Wer nun aus Reinlichkeitsgründen diesen Salon nicht betreten will, muß bei Wind und Wetter auf dem Hofe stehen bleiben.

Auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen lassen noch viel zu wünschen übrig. Einen Stundenlohn von 32 Pf. für Müller und 30 Pf. für Bodenarbeiter bei einer 12-14stündigen Arbeitszeit kann man nicht als den heutigen Verhältnissen angemessen betrachten. Deshalb, Kollegen, schließt euch der Organisation an, um mit ihrer Hilfe euer Arbeitsverhältnis zu bessern. Auskunft in Organisationsangelegenheiten erteilt Wilh. Plewe, Kremmener Straße 30.

Rudolstadt. Die Mühle des Herrn Otto in Rudolstadt kann als Musterbetrieb nicht betrachtet werden. Bei 16-18stündiger Arbeitszeit gibt es noch Grobheiten zu hören. Kommt Herr Otto des Nachts mit seinem Automobil nach Hause, dann hat er noch Aufträge, die von den ermüdeten und abgerackten Kollegen erledigt werden müssen. Sonntags wird von 6-10 Uhr vormittags gearbeitet, wofür aber nichts bezahlt wird. Der Wertführer nimmt für sich das Recht in Anspruch, die den Gesellen zugeordneten Traktengelder zu behalten. Sollte etwa ein Geselle sich erdreissen, dem Verbands beizutreten, so wird ihm das Leben so schwer gemacht, daß er den Betrieb allein verläßt. Am liebsten beschäftigt Herr Otto diejenigen, die jung, kräftig und unerfahren in die Welt treten, solche lassen sich am besten ausbeuten. Notwendig ist es, daß der Herr Gewerbeinspektor sich den Betrieb mit seiner langen Arbeitszeit näher in Augenschein nimmt. Den dort Beschäftigten kann nur dringend geraten werden, sich zu organisieren, denn nur mit Hilfe der Organisation können bessere Verhältnisse für die Mühlenerbeiter geschaffen werden.

Rundschau.

Die bankrotten „christlichen“ Pfaffenredner.

Als vor nicht so langer Zeit die christlich organisierten Brauereiarbeiter in Danzig in ihrem Streik so schmählich vom christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverband in Stich gelassen wurden, ahnten wir erst, daß dieser einzig dastehende ungeheuerliche Verrat einer in den elendesten Verhältnissen lebenden Arbeitergruppe in dem Geldmangel der Organisation seine Ursache hat. Das hat sich nun nachträglich bestätigt. Kein Geld, dafür um so mehr Schulden hatte der christliche Transportarbeiterverband, woraus dann erklärlich herabgeht, daß man dem großen Mundwerk nicht im geringsten die Tat folgen lassen kann. Und daß ihre Organisation bankrott war und man keinen Kampf durchsetzen konnte, müssen die christlichen Führer: auch schon einen Tag früher gewußt haben; sie haben also die Leute in den Streik gehen lassen, wissend, daß die Organisation nicht in der Lage ist, die Kollegen zu unterstützen. Und das ist das schändlichste an der ganzen Sache.

Diese bankrotte christliche Organisation hätte nun alle Ursache, aus ihrem Danziger Verraterrückden die notwendigen Lehren zu ziehen und recht bescheiden zu sein; daß dies nicht der Fall ist, geht uns, wie stumpflos und unwahrhaftig diese Sorte Christen sind, und man muß annehmen, daß die Arbeiterzerstückelung betrieben wird, um die Arbeiter bewußt zu schädigen.

Die Nr. 49 der „Gewerkschaftstimme“ bietet in ihrer Darstellung des Tarifabschlusses mit der Aktien-Brauerei Pilschaffenburg wieder ein Stück Großprederei und Unwahrscheinlichkeit, die selbst von ihr kaum mehr übertroufen werden kann. „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip“, jagte der Zentrumsmann Dr. Sigl über diese „Christen“; er kannte seine Pappenheimer. Aus jeder Zeile spricht der Verger, daß die Brauereiarbeiter an Seite des christlichen Verbandes so gar nichts von diesem wissen wollen. Und der Verger muß schon so groß sein, daß man jede Vorsicht bei dem Schwindel außer acht läßt. Wenn die „Gewerkschaftstimme“ schreibt: „Nur der Arbeit unserer Organisation ist es zuzuschreiben, daß es überhaupt zu einem Tarifabschluß kam“ und dann die Tatsache gegenüberhält, daß unsere Organisation schon jahrelang im Tarifverhältnis mit der Brauerei stand, die Christen nicht, daß die Christen von dem Wortlaut des Tarifs erst Kenntnis erhielten, als er ihnen zur Unterschrift zugesandt wurde; und wenn man dann noch in Betracht zieht die „Stärke“ der christlichen Organisation von zwei Mitgliedern in dieser Brauerei und die Schulden der Organisation, und auf unserer Seite 94 Proz. der Beschäftigten organisiert und einen Kampffonds, der es gestattet, jederzeit den Kampf aufzunehmen, so wird man auch zu der Ueberzeugung kommen, wie selbst die Unternehmer diese Maulhelden einschätzen. Und daran mag man auch erkennen die Behauptung der „Gewerkschaftstimme“, daß es lediglich der vernünftigen und klugen Taktik unserer Organisation zu verdanken sei, wenn bei dieser Aktion „überhaupt etwas für die Arbeiter herausgekommen ist“. Ja, die „kluge Taktik“ der Christen hat sich gezeigt in Oberndorf, wo der Wikar Sauer sich der christlichen Organisation bediente, um die Brauereiarbeiter um die durch unsere Organisation erzielten Erfolge zu bringen; und in Danzig, wo man die Arbeiter von der Aktienbrauerei in den Streik gehen ließ, die zu unterstützen der Hilfs- und Transportarbeiterverband dann kein Geld hatte. In solcher „klugen Taktik“ sind die Christen Meister. Wenn es aber in Pilschaffenburg zum Kampf gekommen wäre, dann hätte der christliche Transportarbeiterverband noch mehr Schulden machen müssen, wollte er nur seine zwei Mitglieder unterstützen.

Auf den ganzen Schwindel in der „Gewerkschaftstimme“ einzugehen, unterlassen wir, das werden die Pilschaffener Kollegen besorgen; die Absicht, sich mit fremden Federn zu schmücken, wird der „Gewerkschaftstimme“ und ihrer Organisation wie so oft auch diesmal nicht gelingen. Der Spiegelberg ist schon zu sehr erkannt.

Sie lügen wie die Teufel...

In Nr. 48 der schwarzen „Gewerkschaftstimme“ ist eine Notiz enthalten unter dem Stichwort „Eine Agitationspraxis im sozialdemokratischen Brauereiverband“, welche mit Behagen von der schwarzen Presse aufgenommen wird, für welche der Ausspruch Dr. Siegl zutrifft: „Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip.“

So wird ausgeführt, daß ich gesagt haben soll „wenn sie (die christlichen Kollegen) wieder zu uns kommen, daß ich dann „gemehmigen“ werde, daß sie die 90 Prozent in der Lokalkasse behalten dürfen. Wichtig ist, daß ich sagte „da ist es kein Wunder, wenn der christliche Transportarbeiterverband kein Vermögen, sondern sogar Schulden hat; wenn wir auch so arbeiten wollten, dann

